

II--2431 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1236/J

1977 -06- 13

A n f r a g e

der Abgeordneten MELTER, Dr. STIX
an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie
betreffend Fremdenverkehr

Leider muß man immer wieder feststellen, daß in ausländischen Blättern - wie etwa in der bundesdeutschen Zeitschrift "TV Hören und Sehen" (Ausgabe vom 14.5.1977) Meldungen veröffentlicht werden, die geeignet sind, dem österreichischen Fremdenverkehr erheblichen Schaden zuzufügen. Auf Seite 38 der genannten Publikation findet sich folgender Text:

"Wer im Ausland zu schnell fährt, wird durchwegs empfindlicher bestraft als in der Bundesrepublik. So sind in Österreich mehrere tausend Mark fällig, wenn es zu einer Verkehrsgefährdung durch Überschreiten der Höchstgeschwindigkeit um 10 km kommt. Dabei ist es gleichgültig, ob eine Radarmessung vorliegt. Österreichische Polizeibeamte dürfen die Geschwindigkeit einfach schätzen."

Wenn es auch zweifellos zu begrüßen ist, wenn Autofahrer davor gewarnt werden, die zulässigen Höchstgeschwindigkeiten zu überschreiten, so sollten solche Warnungen doch nicht mit unzulässiger Übertreibung, sondern mit seriösen Daten und Fakten untermauert werden. Es läge im Interesse des österreichischen Fremdenverkehrs, wenn das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie derartigen Presseveröffentlichungen mit entsprechenden Stellungnahmen entgegentreten würde. Einerseits gilt es, auf das Problem steigender Verkehrsunfallziffern während der Fremdenverkehrssaison hinzuweisen, und andererseits muß der Fremdenverkehrsgast um Verständnis dafür ersucht werden, daß die Einhaltung der Verkehrsvorschriften für Ausländer und Inländer gleichermaßen verbindlich ist. Was die Strafen betrifft, die dann im Übertretungsfall tatsächlich verhängt werden, ist es übrigens so, daß einheimische Verkehrsteilnehmer immer wieder den Eindruck haben, daß Ausländer (z. B. bei Geschwindigkeitsüberschreitungen)

- 2 -

wesentlich "billiger" davonkommen als Inländer.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie die

A n f r a g e :

1. Was werden Sie unternehmen, um ungünstige Auswirkungen auf den österreichischen Fremdenverkehr, die durch unrichtige oder übertriebene Darstellungen in ausländischen Zeitungen verursacht werden, abzufangen bzw. wenigstens zu mildern?
2. Welche Maßnahmen hat Ihr Ressort im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit in derartigen Fällen bisher ergriffen?
3. Sind Ihnen Beschwerden zugegangen, nach welchen Gäste aus der BRD in Österreich wegen Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit mit "mehreren tausend Mark" Strafe belegt worden seien?

Wien, 1977-06-13